Nr. 350
A 178
Sonntags-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Sonntag, 26. Juli 1925
V

20 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Baldwin an Stresemann

Deutschlands Verständigungswille

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

fz **London**, 25. Juli

Heute sprach Baldwin in einer konservativen Versammlung in Knowsley-Park. Im ersten Teile seiner Rede ging er auf die schwierige Lage der englischen Wirtschaft ein, die durch die schweren Arbeitskämpfe im Kohlenbergbau noch verschärft werde.

Auf die außenpolitische Lage übergehend, führte Baldwin aus: „In Europa sind wir nicht für Bündnisse, weil wir gelernt haben, daß Bündnisse zu oft Präludien zum Kriege sind. Aber wir sind für Abkommen, für Pakte und für Schiedsverfahren, dieselben Ziele, für die wir in unseren auswärtigen Beziehungen arbeiten. Sicherheit, Schiedsverfahren und Abrüstung müßten auch im Inlande Geltung bekommen."

Das befriedigendste Merkmal der außenpolitischen Lage ist der offenbare Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes, daß die Verhandlungen, die auf einen dauernden Frieden in Europa hinzielen, fortgesetzt werden. Die deutsche Antwort auf die französische Note ist eingetroffen, und wenn ich auch nicht imstande bin, ihren Inhalt auszuführlich zu erörtern, so erkenne ich doch ihre versöhnliche Absicht an.

Die Stabilität in Europa ist nicht nur für das politische, sondern auch für das wirtschaftliche und industrielle Leben von Interesse. **Wir und Frankreich wünschen, daß Deutschland so bald wie möglich in den Völkerbund eintritt. Wenn es einmal Mitglied des Bundes auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung ist, werden alle vor uns liegenden Probleme eine neue und klarere Gestalt gewinnen.**

Der Sekretär des Auswärtigen hat in seinen Reden erklärt, daß wir den Sicherheitspakt nicht so auffassen, als ob er uns neue Verpflichtungen auferlegt, die zu den Verpflichtungen hinzutreten, die uns als Unterzeichnern der Völkerbundssatzung obliegen. Die vorgeschlagenen Vereinbarungen sind im Geiste der Völkerbundsatzung abgefaßt und befinden sich in Uebereinstimmung mit dem Bunde. Ich begrüße es daher, daß in der deutschen Antwort diese beiden Probleme, die untrennbar mit dem Sicherheitspakt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verbunden sind, in Verbindung gebracht werden.

Es ist wahr, daß Deutschland noch immer mißtrauisch ist, wenn es von der Gefahr spricht, eine entwaffnete Nation inmitten bewaffneter Nachbarn zu sein. Aber Deutschland hat recht, über diese Dinge gehört zu werden, wenn es Mitglied des Völkerbunds ist. Es kann dann den Großmächten gegenübertreten, damit diese ohne unnötige Verzögerung dazu übergehen, die Frage der Abrüstung, die einen Teil der Völkerbundsatzung selbst bildet, zu erwägen.

Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bevor wir den Frieden Europas sichern können, aber wir machen Fortschritte, und wir erkennen an — wie dies auch die Franzosen tun —, daß es drei Etappen zum Frieden gibt: Sicherheit, Schiedsspruch und Abrüstung. Wir entwerfen jetzt die Maßnahmen für die Sicherheit, die auch bei der Einsetzung der Schiedsgerichtsbarkeit helfen werden.

Wenn wir diese beiden Etappen erfolgreich zurücklegen, werden wir schon viel getan haben, um die Inangriffnahme der größeren Frage, der Verminderung und Einschränkung der Rüstungen vorzubereiten, wozu die Mächte, die den Versailler Vertrag unterzeichneten, sämtlich verpflichtet sind. Wir selbst haben einen beträchtlichen Anfang mit der Verminderung unserer Rüstungen zur See auf der Washingtoner Konferenz gemacht. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande unter Vorkriegsmaß vermindert und unsere Luftmacht ist nur gering im Vergleich mit der mancher anderer Länder.

Das Problem ist ungemein schwierig, wie jeder gemerkt hat, der sich damit beschäftigte, aber wenn wir die überwältigende Bürde des Mißtrauens und der Angst, die auf den Ländern Europas lastet, beseitigen können, dann können wir auch diese letzte Etappe des Weges beschreiten mit der berechtigten Hoffnung, das Ziel zu erreichen.

*

Chamberlain hat gestern den englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, mit Instruktionen versehen, um auf die Bemerkungen Briands zur deutschen Sicherheitsnote eine informative und präliminare Antwort an Briand erteilen zu können.

Wie der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times" unterrichtet ist, wird in diesen Instruktionen besonders klar gestellt, daß sich die englische und die französische Regierung über zwei Punkte in vollkommener Uebereinstimmung befinden: erstens sind sie nicht bereit, die indirekte deutsche Forderung einer Modifikation der gegenwärtigen Besetzungslage im Rheinland in Erwägung zu ziehen, und zweitens stimmen die beiden Regierungen ebenfalls darin überein, daß die Frage der Ergreifung von Sanktionen gegenüber irgendwelchen künftigen deutschen Reparationsverfehlungen bereits völlig in dem Londoner Schiedsprotokoll vom vergangenen Sommer geregelt ist.

Weiter stimmt Chamberlain mit Briand darüber überein, daß Genf der richtige Ort sei, um über Deutschlands Ersuchen zu beraten, zeitweilig von der Pflicht entbunden zu werden, den französischen Truppen die Erlaubnis zum Durchzug durch deutsches Territorium unter Artikel 16 des Völkerbundes zu erteilen. **Chamberlain macht sich jedoch nicht endgültig die französische Ansicht zu eigen, daß Deutschlands besondere militärische Position nicht auch im Völkerbundrat besprochen werden könne.**

Die englische und die französische Ansicht gehen andererseits besonders auseinander in der Frage des Charakters der Schiedsverträge zwischen Deutschland und seinen Nachbarn. Besonders bezüglich des von Frankreich beanspruchten Rechtes bei solchen Verträgen zwischen Deutschland und Polen und Deutschland und der Tschechoslowakei als Garant zu fungieren und ebenso bezüglich des französischen Anspruches nach eigener Rechtfindung und ohne Sanktion des Völkerbundes in dieser Richtung militärische Maßnahmen zu ergreifen.

Der englische Botschafter wird Briand auseinandersetzen, daß Englands öffentliche Meinung sich niemals mit solchen Vorschlägen abfinden könne, die angetan sind, den Frieden in Westeuropa zu bedrohen, und daß ohne Unterstützung der öffentlichen Meinung keine englische Regierung hoffen kann, die Einwilligung des Parlaments zu einem Sicherheitspakte zu erlangen. Anknüpfend daran werden weitere englisch-französische Diskussionen erwartet. Vor der Hand wird der Meinungsaustausch wahrscheinlich jedoch weiter über den Weg von Noten und Memoranden stattfinden.

Aufforderung nach Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wf **Paris**, 25. Juli

In Pariser unterrichteten Kreisen rechnet man nicht mehr mit der Möglichkeit, daß schon im August eine Konferenz zur Erörterung der Paktfrage zustande kommen kann. Man bemerkt, daß vor Einberufung einer derartigen Konferenz noch mancherlei Schwierigkeiten zu beseitigen sind, deren Lösung leichter in normalen diplomatische Besprechungen, als auf einer internationalen Konferenz erreicht werden kann. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß der Gedanke einer Paktkonferenz von Frankreich auch späterhin grundsätzlich abgelehnt wird. Man würde es auf französischer Seite begrüßen, wenn Dr. Stresemann im September nach Genf käme, um dort mit Briand und anderen verbündeten Staatsmännern persönlich Fühlung zu nehmen.

Im

Unterhaltungsblatt

heute folgende Beiträge:

Kleine Residenz . . . . . Hans von Kahlenberg
Letzter Gruß . . . . . Georg Hermann
Das trübselige Glück . . . . . Gabriele Eckehard
Auf einen Handspiegel . . . . . Rudolf Borchardt
Wo befindet sich das Schiff? . . . . Prof. A. Marcuse

Literarische Umschau

Zeitbilder

Hinter Deckung

Von

Georg Bernhard

Aus England wird Enttäuschung signalisiert. Es wird gewarnt, zu viel Vertrauen in die Absichten Briands zu setzen, bevor man seine Gegenforderungen kennt. Man ist eigentlich überrascht. England hat den Pakt besonders eifervoll betrieben. England müßte daher von der Aufnahme, welche die deutsche Antwortnote sowohl von einem erheblichen Teil der Pariser Presse als doch auch von dem offiziösen Pariser Depeschenbüro erfahren hat, besonders befriedigt sein. Weshalb ist nun gerade London so mißtrauisch? Auch in England sind zwei Strömungen im Kabinett vorhanden. Vielleicht liegt darin des Rätsels Lösung. Wahrscheinlich sogar. Denn der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", der den Warnungsruf ausstößt, ist kein Freund Chamberlains. Dafür aber um so enger mit Churchill verbunden, dem sein Kollege Chamberlain als Person ebensowenig liegt wie ihm seine augendlickliche Politik genehm ist. Der „Daily Telegraph" hat ja auch alles getan, um aus Anlaß der deutschen Note Zwistigkeiten innerhalb des englischen Kabinetts anzuzetteln. Er hat den Text der deutschen Note so frühzeitig veröffentlicht, daß um ein Haar der englische Außenminister den Inhalt der deutschen Antwort früher aus der Zeitung erfahren hätte als amtlich durch den deutschen Botschafter. Man sollte sich doch einmal im Berliner Auswärtigen Amt darum kümmern, wie es möglich ist, daß amtliche deutsche Schriftstücke, die vermutlich doch wohl in besonders vertraulicher Form in Berlin und (wie wir doch hoffen wollen) auf den deutschen Botschaften behandelt werden, in englischen Zeitungen früher erscheinen können, als sie den fremden Ministern, für die sie bestimmt sind, bekannt werden.

*

In Deutschland sollte man sich durch das Londoner Intrigenspiel (bei solchen Londoner Zwischenspielen weiß man nie genau, wer sie anzettelt, und welchen Zwecken sie dienen sollen) nicht beunruhigen lassen. Es liegt alle Veranlassung vor, anzunehmen, daß die Dinge ihren normalen Gang gehen, und daß das Ende so sein wird, wie man nach den bisherigen französischen Veröffentlichungen wird annehmen dürfen. Denn alles, was man aus Paris hört, läßt vorläufig noch den Stand der Dinge recht günstig erscheinen. Insbesondere scheint die Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter und dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die Ueberreichung der Note sehr erfreulich verlaufen zu sein. Alles, was, dem Vernehmen nach, Briand dem Botschafter Hoesch gesagt hat, war in seiner Tendenz um so glaubwürdiger, als die ganze politische Situation Frankreichs dem Chef der französischen Regierung eine möglichst schnelle Einigung mit Deutschland erwünscht erscheinen lassen muß. Und diese Einigung wird um so mehr erleichtert werden, als der überraschend günstige Ausfall der Departementswahlen gezeigt hat, daß für eine linksgerichtete Innen- und Außenpolitik in Frankreich der parlamentarische Boden augenblicklich an Fruchtbarkeit noch zunimmt.

*

Unter diesen Umständen ist weder für die Londoner Quertreiber noch für die deutschen Märchenerzähler ein Geschäft zu machen. Märchen für politische Kinder sind es nämlich gewesen, die der Graf Westarp im Reichstag in der außenpolitischen Debatte zu erzählen versucht hat. Er gab sich die größte Mühe, die Verhandlungen, die jetzt durch die deutsche Note erheblich gefördert worden sind, als „Brerörterungen" hinzustellen. Der Zweck dieser Darstellung ist zu durchsichtig. Er wäre es selbst dann, wenn die deutschnationale Presse die gleiche Phraseologie nicht bereits vor der Reichstagsdebatte angewandt hätte. Das Wort „Vorerörterung" soll den Eindruck machen, daß die Deutschnationalen im Reichskabinett und in der Fraktionsführung dem Reichsaußenminister allenfalls die Erlaubnis gegeben haben, Vorfühlungen einzuleiten, daß er aber vor den eigentlichen Verhandlungen noch ihre besondere Zustimmung einholen müsse. Die Deutschnationalen wollen sich anscheinend schon jetzt gegen Vorwürfe sichern, die man ihnen wegen der Zustimmung zur Außenpolitik Stresemanns hinterher machen könnte, wenn es ihnen vielleicht doch noch gelingen sollte, nach der Annahme der Zollvorlage rechtzeitig aus der Regierung zu entwischen. Aber auf solchen Schwindel fällt ja niemand mehr hinein. Die Deutschnationalen haben zu der jetzt abgegangenen Note nicht nur ausdrücklich ihre Zustimmung erklärt, sondern ein den ernsten Willen Deutschlands zur Verbesserung des Friedens betonender Passus ist in die deutsche Note unter sehr aktiver Mitwirkung des Ministers Schiele hineingekommen. Die Deutschnationalen haben daher mit der Zustimmung zur Note auch allen Konsequenzen zugestimmt, sogar der Konsequenz — horribile dictu! — daß mit Frankreich ein Vertrag und ein Vertragen zustandekommen. Mit anderen Worten: sie haben sich in die Maschen der Verständigungspolitik verstrickt. In